
VOM WILLKOMMEN ZUM BLEIBEN



**BRAND
GRÜN
21.16**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



IM BRANDENBURGER LANDTAG



Wo was steht:

 **Grünes Thema:**
Vom Willkommen
zum Bleiben S. 4–13

BER:
3. Startbahn? S. 14–15

Grüne Grafik:
Tierschutz nach
Vogelsänger S. 16–17

Antibiotika:
Tiere gut behandeln S. 18–19

Verstehen Sie Bahnhof?
S. 20–21

Anzeige:
Vattenfall bietet.
Wir bieten S. 22–23

Grün im Gespräch:
Es lebe das Parlament! S. 24–25

Grünes Gericht:
Kochen mit Köpfchen S. 26–27

Grüne Termine:
S. 28–29

Das letzte Wort hat
S. 30–31

Liebe Leserin, lieber Leser!

Willkommen im neuen Jahr, willkommen in der neuen brandGRÜN! Wir haben uns ein neues Design übergeworfen – und hoffen, Ihr und Sie fühlen sich darin genauso wohl wie wir.

Das sind unsere grünen Themen 2016: Neben der Erstaufnahme, Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten wollen wir uns nun verstärkt um ihre Bleibeperspektive in unserem Land kümmern. Dass sie unsere Sprache lernen, die Kinder in Kitas und Schulen gehen, die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden eine besondere Betreuung bekommen, die Erwachsenen eine Arbeit oder Qualifizierung. Wir sehen in den Flüchtlingen eine große Chance für unser Land. Vom Willkommen zum Bleiben ist deshalb unser Motto für 2016.

Wir wollen eine offene solidarische Gesellschaft – für Alle im Land, Alteingesessene und Zugewanderte. Wenn wir über neue bezahlbare Wohnungen reden, dann für Flüchtlinge und alle anderen BrandenburgerInnen, die bezahlbaren Wohnraum suchen. Wenn wir über Integration in Kitas und Schulen reden, haben wir alle Kinder im Blick.

Unsere Fraktion steht 2016 weiterhin für eine Agrar-, eine Verkehrs- und die Energiewende. Was wir gegen Massentierhaltung haben, welchen Bus- und Bahnverkehr wir wollen, warum die Kohle der Lausitz für keine Kohle der Welt zu haben ist: Kommen Sie, schauen Sie mal rein.

Ihre Ursula Nonnemacher

Ihr Axel Vogel


**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
Wolfgang Thierse, Bundesvorsitzender
IM BRANDENBURGER LANDTAG

GRÜNES THEMA



VOM WILLKOMMEN ZUM BLEIBEN

www.gruene-fraktion-brandenburg.de

© Janosch Raßmann/Fraktion



Mohammed Ali Abdi, Siegfried Unger,
Ursula Nonnemacher, Jutta Cordt, Monika Kadur (v.l.n.r.)

Sprache und Schule, soziale Kontakte und Arbeit – damit gelingt Integration. Flüchtlinge wollen arbeiten, für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, nicht ihrem Gastland auf der Tasche liegen, wollen etwas zurückgeben. Auf dem Fachgespräch meiner Fraktion kamen die Probleme bei der Arbeitsmarktintegration auf den Tisch – und auf unsere parlamentarische To-Do-Liste.

Ursula Nonnemacher, sozialpolitische Sprecherin

Nichts lieber als das



© Janosch Reßmann/Fraktion

Er ist 24 und spielt PlayStation und Fußball, seine Idole sind Lionel Messi vom FC Barcelona und Thomas Müller von Bayern München. Er isst gern Reis mit Hühnchen und kocht sich das auch mal nachts um zwei. Einmal im Monat fährt er nach Berlin, er liebt die Stadt. Ein ganz normaler junger Mann in Deutschland eben.

Nichts lieber als das möchte Mohammed Ali Abdi sein. Der schmale mittelgroße junge Mann ist alleine aus Somalia geflüchtet und nun seit Sommer 2014 in Brandenburg.

Zurückhaltend, lächelnd, mit wachen neugierigen Augen folgt Mohammed den Gesprächen der anderen, er versteht ganz gut deutsch. Am Vormittag hat er noch mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Berlin gesprochen, jetzt sitzt er auf dem Podium unseres Fachgesprächs zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen – zusammen mit unserer bündnisgrünen Abgeordneten Ursula Nonnemacher, Jutta Cordt von der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg, Monika Kadur von der Auslandsgesellschaft und Siegfried Unger von Gefas e. V., dem Träger des Flüchtlingsheims, in dem Mohammed jetzt wohnt.

Wie es sei, ohne Familie hier in Brandenburg zu leben, wird er gefragt. Er schüttelt heftig den Kopf: „Nein, ich wohne doch in der Hegelstraße!“ Und sein Betreuer Siegfried Unger „übersetzt“: „Für Mohammed ist die Fürstenwalder Gemeinschaftsunterkunft mit den 100 bis 120 jungen Männern seine derzeitige Familie.“ Ein Dutzend von ihnen durfte 2015 in einem Praktikum beim Stahlbau-Unternehmen Reuther STC den Schweißpass machen. „In der Woche arbeiten, am Wochenende Deutschkurse – die Job-Angebote am Ende haben den Einsatz gelohnt“, freut sich Unger für seine Schützlinge. Der Jurist und Vereinsvorstand wird inzwischen von mehreren Fir-

men eingeladen, die händeringend nach Lehrlingen und MitarbeiterInnen suchen. Doch ohne sein ausgefeiltes Netzwerk, die persönliche Betreuung jedes einzelnen Jungen, die ständige Erreichbarkeit würde es Projekte wie den Schweißpass nicht geben: „Nur mit Schulterklopfen“, weiß Unger, „geht das nicht.“

Mehr als die Hälfte der Geflüchteten in Deutschland ist unter 25 Jahre alt – jung genug, um gleich eine betriebliche Ausbildung auf einem der vielen unbesetzten Plätze zu beginnen, frohlocken viele Unternehmen. Weil die Anerkennung als Flüchtling aber meist länger auf sich warten lässt, fürchten die Betriebe, gut eingearbeitete Beschäftigte plötzlich durch Abschiebung zu verlieren. Auch Jutta Cordt von der Arbeitsagentur will zuerst in eine qualifizierte Ausbildung investieren, denn diese nütze den jungen Geflüchteten und auch uns, da sich in Brandenburg schon vielerorts ein Fachkräftemangel abzeichne.

To-Do: *Wie bekommen wir für beschäftigte Flüchtlinge eine mehrjährige Bleibeperspektive? Wo können Flüchtlinge über 18, für die keine Schulpflicht mehr gilt, dennoch ihren Schulabschluss machen?*

Rund ein Fünftel der Geflüchteten bringt einen Studien- oder Berufsabschluss mit. Doch weit mehr sind qualifiziert. Nicht alle Berufe in Deutschland bräuchten staatliche Anerkennungen wie bei medizinischem oder Pflegepersonal, so Jutta Cordt. Die meisten Flüchtlinge seien sehr motiviert, gingen mehr als Deutsche eigene Existenzgründungen an – auch weil sie sich damit unabhängiger von den Behörden machten. Monika Kadur, die sich in der Auslandsgesellschaft seit vielen Jahren um die Integration von MigrantInnen kümmert, wünscht sich tausende Dialogzentren im Land. Wo Flüchtlinge erleben könnten, wie das Land tickt. Wo sich Alt-ingesessene und Neuankömmlinge

To-Do: *Wie wichtig ist die Anerkennung von formalen Berufsabschlüssen? Wie lassen sich Qualifikationen bewerten?*

linge treffen und reden. Die offiziellen Sprachkurse für Flüchtlinge bauten nicht aufeinander auf. Behörden und Betriebe, Verbände und Verwaltung müssten enger zusammenarbeiten, damit Übergänge von Sprachkursen zu Ausbildungen oder Jobs besser funktionierten.

To-Do: *Ab wann werden im Land flächendeckend einheitliche Sprachkurse angeboten, vor allem auf einem Niveau, das eine Arbeitsaufnahme erst möglich macht?*

Mohammed hat neben seinen Mitbewohnern in der Gemeinschaftsunterkunft nun auch Lutz, Volker und Daniel kennengelernt. Sie sind seine Kollegen in der Firma BE Maschinenmesser in Spreenhagen, wo der junge Somalier

erst ein dreimonatiges Praktikum absolvierte und jetzt eine Ausbildung begonnen hat. Mohammeds Asylverfahren läuft. Die Chancen stehen gut, ein ganz normaler zufriedener Brandenburger zu werden.



© Privat

GRÜNES THEMA

WELTPOLITIK

TRIFFT WOHNZIMMER

Aus der Erstaufnahmeeinrichtung ziehen die meisten Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünfte, eine kleine Zahl auch in Wohnungen oder WGs und einige werden bei Brandenburger Familien privat aufgenommen. Im September ist der 30-jährige Syrer Huzayfa Khalifa bei der Familie unseres Abgeordneten Michael Jungclaus in Neuenhagen eingezogen. Der studierte Business Manager hatte in der Telekommunikation gearbeitet, bevor er im November 2014 nach Deutschland flüchtete. Als anerkannter Flüchtling belegt er nun seit einigen Wochen einen Integrationskurs.



© Tonka Wöjahn

Wie war Euer Kennenlernen?

Michael: Uns hat die Willkommensinitiative Hoppegarten zusammengebracht. In meiner Heimatregion Märkisch-Oderland gibt es eine überwältigende Bereitschaft, Flüchtlinge privat aufzunehmen. In der Familie haben wir das Thema Flüchtlinge viel diskutiert, der Entschluss war schnell gefasst, unser Gästezimmer anzubieten. Eine Woche später holte ich Huzayfa an einem Sonnabendmorgen vom Bahnhof ab. Ich fragte mich als erstes, wo seine Koffer sind – er wollte wohl nicht mit der Tür ins Haus fallen. Wir haben auf dem Weg zur Wohnung munter drauf los erzählt, woher wir kommen, was wir beruflich machen. Vier Tage später haben wir dann sein Gepäck nachgeholt.

Huzayfa: Michaels Familie hat ein Hofgrillen organisiert, auf dem alle Hausbewohner und ich uns kennenlernen konnten. Eine Nachbarin gab mir sogar gleich ihre VBB-Monatskarte, die sie zur Zeit nicht braucht.

Wie kann man sich euren „WG“-Alltag vorstellen?

Michael: Seit Huzayfa da ist, kochen wir mehr gemeinsam, essen weniger Schweinefleisch und lernen die orientalische Küche kennen. Er beteiligt sich am Haushalt, geht mit allen und allem äußerst respektvoll um. Als wir mal verweist waren, hat sich Huzayfa rührend um unsere Katze gekümmert – in Syrien hatte er selber auch welche. Und ich nutze die Chance, mein Englisch aufzubessern – das spricht Huzayfa fließend.

Huzayfa: Ich habe hier angefangen zu kochen, was ich in meiner Heimat, wo ich voll berufstätig war, nie gemacht habe. Meine Mutter füttert mich mit Rezepten aus Syrien. Ich gehe dann einkaufen – am liebsten in der Berliner Sonnenallee, das erinnert mich an Syrien.

Es ist lustig, dass Michael dort in Neukölln groß geworden ist. Ich fühle, dass ich in Brandenburg angekommen bin. Eine eigene Wohnung möchte ich mir später auch hier suchen, vielleicht in Petershagen.

Was ändert sich, wenn man mit Flüchtlingen unter einem Dach lebt?

Michael: Wie es ist, jemand anderen in der Wohnung zu haben, kennen wir schon von unserem früheren Au-Pair. Natürlich bringt es auch Einschränkungen mit sich, wenn plötzlich ein fremder Mensch sozusagen Teil der Familie wird. Worüber Politik und Medien täglich berichten – das begreife und erlebe ich jetzt hautnah. Ich nutze das auch für meine Arbeit im Kreis- und im Landtag. Wie man sich als Geflüchteter fühlt – z. B. beim Abholen von Geld oder von Behandlungsscheinen für den Arzt – kann ich nun besser nachvollziehen. Manche Formulare, die Huzayfa von den Behörden mitbringt, verstehe ich selbst kaum. Und Huzayfa war auch mit der Anstoß, einmal in der Ausländerbehörde in Seelow zu hospitieren – und zu sehen, unter welchen schwierigen Bedingungen die Angestellten dort arbeiten und die Asylsuchenden versuchen, ihre Anträge zu stellen.

Huzayfa: Für mich ist es der beste Weg, die Kultur und die Menschen in diesem Land zu verstehen. Als Michael mich einmal mit in den Landtag nahm, habe ich zufällig auf dem Flur die Sozialministerin Daniela Golze kennengelernt. Und weil eine arabische Flüchtlingsgruppe auf der Zuschauertribüne eingeladen war, konnte ich sogar der ersten, über Kopfhörer ins Arabische übersetzten Landtagsdebatte folgen, das war schon toll.

KINDER UND JUGENDLICHE AUF DER FLUCHT

ROT MIT GRÜNEN PUNKTEN



„UMFe“ sagte Günter Baaske und zwinkerte in die Runde. Mit rund 1.500 UMFen pro Jahr müsste Brandenburg rechnen, die Zahl hätte sich im Vergleich zu den Vorjahren mehr als verzehnfacht. Aus der Verniedlichung der bislang gängigen Abkürzung UMF – für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – sollte wohl die Fürsorge des Bildungsministers sprechen.

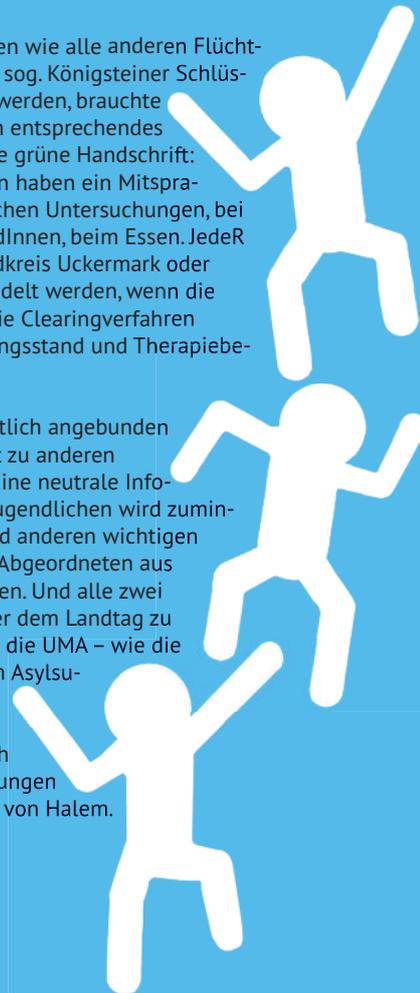
„Brandenburg hat die Situation der Jugendlichen, die ohne Eltern oder andere nahe Verwandte zu uns flüchten, aber leider lange verharmlost“, kritisiert Marie Luise von Halem, bildungs- und jugendpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion. Schon im April vergangenen Jahres warf ALREJU-Chefin Mathilde Killisch der Regierung Planlosigkeit vor. Die meisten der bis 2014 jährlich rund 80 bis 100 asylsuchenden Jungen und Mädchen kamen bislang in ihrer landesweit einzigartigen Fürstenwalder Einrichtung ALREJU (= allein reisende Jugendliche) unter, doch die reicht längst nicht mehr aus.

„Wir brachten das Thema im April 2015 überhaupt erst einmal im Parlament zur Sprache und forderten mehr spezialisierte Jugendhilfeeinrichtungen mit guter öffentlicher Anbindung und therapeutischer Betreuung“, so von Halem. „Rot-Rot stimmte zu – allein: Passiert war wenig.“

Nachdem nun die Jugendlichen wie alle anderen Flüchtlinge anteilmäßig nach dem sog. Königsteiner Schlüssel auf die Länder aufgeteilt werden, brauchte Brandenburg ganz schnell ein entsprechendes Gesetz. Es trägt eine deutliche grüne Handschrift: Die geflüchteten Jugendlichen haben ein Mitspracherecht – z. B. bei medizinischen Untersuchungen, bei der Wahl von ZimmerkameradInnen, beim Essen. JedeR junge Geflüchtete, ob im Landkreis Uckermark oder Oder-Spree, soll gleich behandelt werden, wenn die einheitlichen Standards für die Clearingverfahren formuliert sind, die u. a. Bildungsstand und Therapiebedarf feststellen.

Die Unterkünfte sollten öffentlich angebunden sein und so auch den Kontakt zu anderen Gleichaltrigen ermöglichen. Eine neutrale Info- und Beratungsstelle für die Jugendlichen wird zumindest geprüft. Bei Finanzen und anderen wichtigen Entscheidungen können alle Abgeordneten aus dem Jugendausschuss mitreden. Und alle zwei Jahre hat der Bildungsminister dem Landtag zu berichten, wie es läuft. Wie er die UMA – wie die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden jetzt im Politsprech heißen – dann nenne, sei ihr nicht so wichtig. Er könne sich gern auf kreative Problemlösungen konzentrieren, so Marie Luise von Halem.

Mehr Informationen:
www.gruenlink.de/130c



NIEMAND HAT DIE ABSICHT, EINE DRITTE STARTBAHN ZU BAUEN



„Der Flughafen München (2014 knapp 40 Mio. Passagiere) wird seine (...) Position im internationalen Flugverkehr und seine wichtige Rolle für die Region nur halten und ausbauen können, wenn er mit den Anforderungen seiner Kunden wachsen kann. (...) Der Bau der dritten Start- und Landebahn ist daher für München und Bayern ein Zukunftsprojekt von enormer Bedeutung.“

Argumentation des Flughafens München zum Bau einer 3. Startbahn

„Bei einem Wachstum über 38 Mio. Passagiere/a am Standort BER kann das Wachstum nur durch neue Anlagen (Flughafenbetriebsflächen und Passagierabfertigungsanlagen) außerhalb des Flughafenzauns sichergestellt werden.“

Gutachten zur Zukunft des BER von Dieter Faulenbach da Costa, 2012

„Ausbau auf über 40 Millionen Passagiere ist notwendig.“

Rainer Bretschneider,
Staatssekretär und
BER-Flughafenkoordinator für Brandenburg

Grün rechnet Eins und Eins und Eins zusammen: Die Flughafenpolitik von Berlin und Brandenburg setzt auf immer mehr Passagiere, auf mehr Luftverkehr und will ein internationales Drehkreuz – damit steuert sie unweigerlich auf den Bau einer dritten Startbahn zu. „Unsere bündnisgrüne Fraktion ist gegen eine weitere Startbahn“, stellt Vorsitzender Axel Vogel klar. „Denn das Fliegen schädigt die Umwelt und das Klima mehr als jeder andere Verkehr. Nur weil der Luftverkehr ungerechtfertigt subventioniert wird, erscheint er als preiswerte Alternative. Die BrandenburgerInnen zahlen mit immer neuen Steuergeldern umso mehr drauf. Und die BER-AnwohnerInnen mit einem noch kostbareren Gut: Denn Fluglärm und Abgase schädigen nachweislich ihre Gesundheit.“

Wir fordern:

- Kostendeckende Start- und Landegebühren am BER. Das senkt die absehbaren Defizite des BER und reguliert die Nachfrage.
- Innerdeutsche Flüge auf die Schiene zu verlagern: Bahn statt Flieger.
- Ein ostdeutsches Luftverkehrskonzept. Es soll den Verkehr auf allen Flughäfen in den neuen Bundesländern sinnvoll steuern und verteilen.
- Kein Wachstum um jeden Preis: Halbwegs wirtschaftlich und ohne immer weitere Steuermilliarden kann der BER – wie einmal geplant – als Verkehrsflughafen für Berlin-Brandenburg arbeiten. Als überdimensioniertes internationales Drehkreuz wird er teuer scheitern.

BER-Gutachten, Veranstaltungen und mehr Informationen der Fraktion zum Thema unter:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/themen/ber/

„Der Hauptstadtflughafen (BER) in Schönefeld muss nach Ansicht von Flughafenchef Karsten Mühlendorf nach dem Jahr 2025 nochmals ausgebaut werden. Das sei nötig, um die bis 2035 erwarteten 50 Millionen Passagiere abfertigen zu können.“

Deutsche Presseagentur dpa,
November 2015

TIERSCHUTZ NACH VOGELSÄNGER

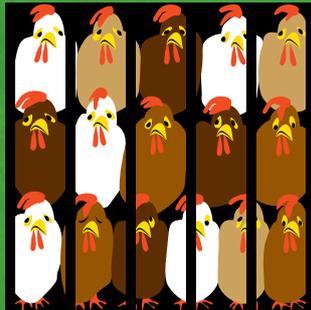
Unglaublich:

Für 26 auf 1 m² eingepferchte Masthühner gibt Agrarminister Vogelsänger 20 % aus Steuermitteln zum Stallbau dazu.



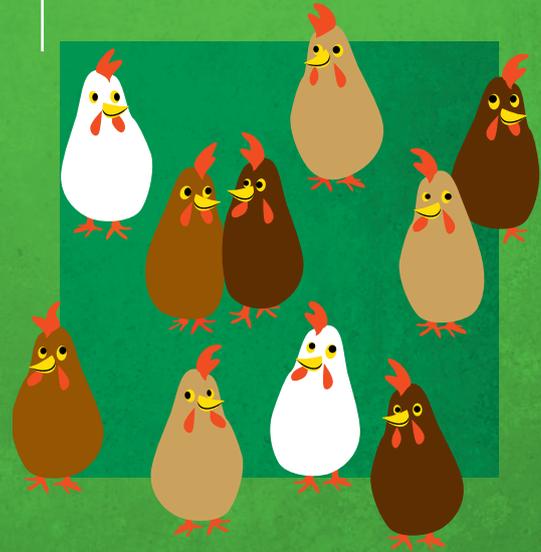
Das soll Premium sein:

Für 16 auf 1 m² eingesperrte Masthühner gibt es 40 % vom Steuerzahler für den Stall.



Wir fordern als ersten Schritt:

Fördergelder nur noch für max. 10 Masthühner auf 1 m² und Auslauf (entspricht EU-Öko-Verordnung)



"Wir fordern: Frische Luft und Tageslicht, ausreichend Platz und Auslauf, gezielte Einzelbehandlung statt massiver, prophylaktischer Antibiotikagaben, Luftfilter in Ställen und Fleischkennzeichnung für VerbraucherInnen."

Benjamin Raschke, umwelt- und agrarpolitischer Sprecher
Mehr unter: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/massentierhaltung

ANTIBIOTIKA IN DER LANDWIRTSCHAFT TIERE BITTE GUT BEHANDELN

Das schrieben Ursula Nonnemacher und Benjamin Raschke in einem offenen Brief an Brandenburgs TierärztInnen. Während inzwischen deutschlandweit wieder weniger Antibiotika in der Tierhaltung verbraucht würden, hätten sich in den brandenburgischen Landkreisen Uckermark, Barnim und Prignitz die jährlich an TierärztInnen abgegebenen Antibiotikamengen zwischen 2011 und 2014 von etwa 15 auf 30 Tonnen verdoppelt, so die Sprecherin für Gesundheitspolitik und der für Landwirtschaft zuständige Abgeordnete unserer Fraktion weiter. Die weltweit erschwerte Behandlung ernsthafter Infektionskrankheiten beim Menschen aufgrund von Antibiotikaresistenzen habe auch mit dem massiven Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft zu tun. Hier die Reaktion einer Brandenburger Tierärztin:

„Wer die Antibiotika in der Veterinärmedizin zurückdrängen will, muss sich gleichzeitig für eine artgerechte Haltung unserer Nutztiere einsetzen, denn Intensivhaltung und massiver Antibiotikaeinsatz sind zwei Seiten einer Medaille. Ein paar Beispiele: Je mehr Tiere in einer Box zusammenstehen, desto größer ist die Gefahr, dass ein Tier mit einem Infekt alle anderen ansteckt oder dass sie sich gegenseitig verletzen - da kommen dann Antibiotika zum Einsatz. Eng in einer Box zusammengepferchte Tiere beginnen sich aus Stress zu kannibalisieren, die Schwänze abzubeißen. Bei offenen Wunden gibt es Antibiotika oder die Schwänze werden gleich kupiert. Wenn eine

„Eindringlich appellieren wir an Sie als Ärztinnen und Ärzte, Ihrer großen Verantwortung gerecht zu werden und bei der Verschreibung von Antibiotika bzw. der Überwachung des Antibiotikaeinsatzes die größtmögliche Sorgfalt walten zu lassen.“

Kuh auf Spaltenboden schlecht steht, gibt sie weniger Milch – auch da wird schon mal mit einem Antibiotikum nachgeholfen. Wir Tierärzte, die wir auch den hypokratischen Eid geschworen haben, müssen uns noch mehr um das Tierwohl in unseren Beständen bemühen und dürfen hier keine Kompromisse eingehen; viel zu lange waren wir den sogenannten modernen Haltungsbedingungen gegenüber zu großzügig.

Es ist eigentlich verboten, Antibiotika prophylaktisch oder ohne Rezept ins Futter zu mischen, und es passiert doch. Obwohl es vorgeschrieben ist, vor Antibiotikagabe per Labortest zu prüfen, ob das Mittel bei diesem Tier wirkt, passiert das nicht immer – aus Desinteresse, aus finanziellen Gründen, evtl. auch durch den Druck der Landwirte.



© Melanie Stier

Und ich habe selbst erlebt, dass Tiere, die vorher noch nie mit Antibiotika behandelt wurden, trotzdem auf gängige Antibiotika nicht mehr reagieren.

Unser Berufsstand hat eine große Verantwortung für das Tierwohl, aber auch für die Gesundheit der Menschen. Wenn wir den Einsatz von Antibiotika in der Tier- wie in der Humanmedizin nicht drosseln, drohen wir in einen nicht mehr rückgängig zu machenden Therapienotstand durch multiresistente Keime zu geraten.“

Heike Großklaus,
Tierärztin aus Teltow-Fläming

Der Brief unserer Fraktion und mehr Infos unter:
www.gruenlink.de/12zj

Verstehen Sie Bahnhof?

Die Oma kommt nicht mehr zu ihrem Arzttermin. BerufspendlerInnen sind mangels Alternative zum Autofahren gezwungen. Vielerorts verkehrt nur noch der Schulbus. Oder die letzte Bahn um Sechs. Und aus einer fünfminütigen Zugverspätung werden schnell zwei Stunden Wartezeit, weil der Anschluss weg ist. Unser verkehrspolitischer Sprecher Michael Jungclaus hat alle diese Geschichten gehört – oder selbst erlebt. Als „Bahnhofversteher“ ist er nun schon seit einem Jahr im Land unterwegs, um die eine oder andere Weiche auf Grün umzustellen.

Seine ersten Touren führten den 51-jährigen bündnisgrünen Abgeordneten zu den meisten der 60 Stationen, die die Landesregierung als nachfragegeschwach einstuft und deshalb von der Schließung bedroht sind. Überall waren GemeindevertreterInnen und EinwohnerInnen vor Ort und argumentierten, warum der Halt bleiben oder welche Alternative, z. B. eine



(Ruf)Buslinie, her muss. Dabei gerieten auch die Bahnhofsgebäude selbst nach und nach ins Visier, von denen viele eine drohende Schließung bereits optisch vorwegnahmen. „Es gibt u. a. in Lübbecke oder Wiesenburg aber tolle Beispiele, wie historische Bahnhofsbauten mit Cafés, Touristinfos oder Läden wieder zu neuem Leben erwachen. Unser grüner Vorschlag für ein Förderprogramm zur Nachnutzung alter Bahnhofsgebäude bekam viel Zustimmung“, freut sich Michael Jungclaus.

Derweil geht Jungclaus über Grenzen: Dass in sechs Jahren jeder Bahnhof in Deutschland barrierefrei sein muss – so die gesetzliche Vorschrift – wird die Stationsschließungsneigung der Bahn wohl eher befeuern. Sachsen-Anhalt hat kreative barrierefreie Lösungen und ein Bahnhofsanierungsprogramm revita entwickelt. Lässt sich da noch etwas für Brandenburg lernen? Beide Länder stehen – wie der gesamte Osten – auch vor einem anderen Riesenproblem. Nach einem unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Woidke ausgehandelten Bund-Länder-Kompromiss müssen sie mit Milliarden einbußen bei den „Regionalisierungsmitteln“ des Bundes für den Schienenpersonenverkehr rechnen. Das versteht nun wirklich keiner mehr. Michael Jungclaus empfahl Dietmar Woidke und Verkehrsministerin Schneider, künftig Landesmittel in die Hand zu nehmen und sich auch vom Mantra zu verabschieden, dass es bei ÖPNV-Investitionen im Speckgürtel automatisch zu Kürzungen in Brandenburgs Peripherien kommt.

Mehr Informationen: www.gruenlink.de/yh4

AUSLAUFENDE WIRTSCHAFTSBRANCHE

Wegen mangelnder Rentabilität, steigenden Umweltkosten und der Unvereinbarkeit mit Brandenburgs Klimaschutzzielen kurzfristig abzugeben:

Lausitzer Braunkohlesparte mit alten Kohlekraftwerken, einer Tagebau-Neuplanung ohne Rechtssicherheit und kostenintensiver Renaturierung

**VERHANDLUNGSBASIS:
3 MILLIARDEN EURO**

Wir bieten:

Lausitzfonds

zur sozial verträglichen Gestaltung des Strukturwandels, der mit dem Auslaufen der Kohle notwendig wird. Beschäftigte sollen für neue Aufgaben qualifiziert und die Wirtschaft bei einer nachhaltigen Ausrichtung unterstützt werden.

Nähere Informationen bei Heide Schinowsky,
Sprecherin für Energie und Wirtschaft der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

- Einen durch die Energiewende und politische Entscheidungen für mehr Klimaschutz auf Bundes- und Landesebene sowie das jüngste Klimaschutzabkommen von Paris auslaufenden Wirtschaftsbereich.
- Eine Technologie, die den Klimawandel durch hohe Treibhausgas-Emissionen befeuert und somit u. a. mehr und längere Trockenperioden und Wetterextreme wie Orkane und Starkregen verursacht.
- Umweltdesaster Braune Spree: Schädigung von Tieren und Pflanzen durch Verockerung der Spree. Kostenintensive Entsorgung des Eisenschlammes. Verschärfung der Risiken für die Tourismusregion Biosphärenreservat Spreewald.
- Belastetes Trinkwasser: Schwefelsalze aus dem Kohleabbau überschreiten Sulfatgrenzwerte für Trinkwasserkunden in Frankfurt (Oder) und Berlin.
- Jährlich hunderte Rutschungen und Bergschäden an Häusern und Straßen und in der Folge Rechtsstreits und Ausgleichszahlungen an Anwohner
- Umwelt- und Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung und Lärmbelastung.
- Notwendigkeit der Umsiedlung von über 3.000 Menschen – oft gegen ihren Willen. Zerstörung von mittelständischen Firmen und Landwirtschaftsbetrieben.
- Pflicht zur Rekultivierung der ausgekohlten Gruben.
- Reibungsloses Verhältnis zur rot-roten Landesregierung, die trotz durchgesetzter Stilllegung zweier Kraftwerksblöcke in Jänschwalde das Auslaufen der Braunkohlebranche verdrängt.
- Die Mit-Verantwortung für mehrere tausend Beschäftigte und ihren sozialverträglichen Übergang in zukunftsträchtige Branchen nach dem Ende der Kohle.

ES LEBE DAS PARLAMENT!

Wissen Sie eigentlich, wann das Parlament tagt? Was auf der Tagesordnung steht? Und was beschlossen, was abgelehnt wurde? Wenn die Landtagsabgeordneten wichtige Entscheidungen für Land und Leute treffen, scheint das – bis auf Besuchergruppen und JournalistInnen – nicht viele zu interessieren. Oft unverständlich und uninteressant sind für Außenstehende Debatten und parlamentarische Rituale. Bei der letzten Landtagswahl gab weniger als jedeR zweite Wahlberechtigte die Stimme ab. Gleich in der ersten Plenarsitzung im Herbst 2014 beantragte die bündnisgrüne Fraktion deshalb eine Parlamentsreform. Ziel: Den Landtag wieder zum zentralen Ort öffentlicher Diskussionen machen. Wie das gehen kann, fragen wir **Benedikt Lux**, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, das vor zwei Jahren eine Parlamentsreform begonnen hat.



Janosch Raßmann/Fraktion

Was hat Berlin verändert?

Unsere Plenarzeit ist nun begrenzt – um 19 Uhr ist jetzt Schluss. Die Debatte wird gestrafft, ufert nicht aus, aber manche Themen fallen auch unter den Tisch. Statt Anfragen vorab schriftlich einzureichen und dann vorgefertigte Antworten vorgelesen zu bekommen, befragen wir die Regierung mündlich. Damit können wir unmittelbar auf aktuelle politische Situationen reagieren. Mit dem sogenannten Prioritätenblock hat jede Fraktion die Möglichkeit, ein ihr wichtiges Thema zu einem Zeitpunkt zu debattieren, wenn das Medieninteresse am größten ist.

JournalistInnen wünschen sich in Brandenburg mehr freie Reden.

Die freie und auch die kurze Rede von zwei oder drei Minuten hat in Deutschland leider keine politische Tradition. Es ist auch eine Typ-Frage – auswendig gelernte Reden sind nicht automatisch überzeugender. Aber zum politischen Ethos sollte es gehören, glaubwürdig und verständlich zu sein, die Menschen ernst zu nehmen. Und die Brandenburger KollegInnen machen echt eine tolle Arbeit. Zu sechst bespielen sie thematisch ein so großes Flächenland und sind null abgehoben dabei, hören zu, stoßen wichtige Initiativen an, auch aus der Opposition.

War die Parlamentsreform in Berlin erfolgreich?

Nur teils. Keine Reform der Welt kann Menschen zwingen, sich für Politik zu interessieren. Demokratie bleibt anstrengend, aber alle anderen Alternativen sind schrecklich unverantwortlich. Den Wert einer weltoffenen Demokratie müssen wir Abgeordnete täglich mit Leben füllen, gerade als Abgrenzung zur Diktatur oder Terror. Auch die Parteien müssen sich weiter öffnen, wir müssen noch mehr raus zu den Menschen: am Tag der offenen Tür im Abgeordnetenhaus, mit den sozialen Medien, der Kooperation mit den Volkshochschulen, in SeniorInnenparlamenten und mit den BürgerInnenbüros vor Ort.

Zu Brandenburgs Parlamentsreform mehr unter www.gruenlink.de/12sd



© Grüne Fraktion Berlin



KOCHEN MIT KÖPFCHEN

In Deutschland landen über 18 Millionen Tonnen Lebensmittel jährlich im Müll – das ist fast ein Drittel von dem, was wir verbrauchen. Rund 10 Millionen Tonnen davon wären vermeidbar – damit sparten wir laut WWF 22 Millionen Tonnen Treibhausgase – immerhin ein Drittel der landwirtschaftlichen Emissionen unseres Landes. Deutschland will, wie die EU, bis 2020 die Lebensmittelabfälle halbieren – bislang ist das nur eine Absichtserklärung. Wer mehr über sein Produkt und dessen Entstehung weiß, wer fair Gehandeltes, regional und/oder ökologisch Hergestelltes kauft, wessen Lebensmittel einen kürzeren Weg hinter sich haben, der schmeißt weniger weg. Unser im Parlament erfolgreicher grüner Antrag dazu unter www.gruenlink.de/12wr

Aus Region und Saison: Sellerieschnitzel mit Dip

Die Sellerieknolle schälen, halbieren und in knapp 1 cm dicke Scheiben schneiden. Das Aufschneiden geht sehr gut mit einer Brot-schneidemaschine. Für die Panade die Eier aufschlagen und mit Salz, Pfeffer, etwas Paprika und Majoran würzen. Die Selleriescheiben in Ei tunken, in Paniermehl wälzen und im Öl bei mittlerer Temperatur von beiden Seiten knusprig braten. Das langsame Braten lässt den Sellerie gut durchgaren und das Aroma ist etwas intensiver als bei vorgekochtem Sellerie. Für den Dip gehackten Schnittlauch in den Quark rühren und mit Zitronensaft, Pfeffer und Salz würzen.

ZUTATEN

1 große Sellerieknolle
2 Eier
ca. 100 g Paniermehl
Öl zum Braten
½ Zitrone
250 g Quark
1 Bund Schnittlauch
einige Salatblätter
getrockneter Majoran
mildes Paprika
Salz, Pfeffer



Jedes Jahr am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen zeigen Frauenpolitikerinnen fraktionsübergreifend Flagge vor dem Landtag. Unsere grüne frauenpolitische Sprecherin Ursula Nonnemacher hatte am 25. November 2015 doppelt Grund zur Freude: Die Landesregierung hat die Gelder für Frauenhäuser endlich erhöht und ist damit einer jahrelangen grünen Forderung entgegen gekommen. Jetzt müssen die Plätze in den Einrichtungen aufgestockt werden, damit auch geflüchtete Frauen Schutz in den Frauenhäusern finden können (www.gruenlink.de/130f).

Ulrike Häfner
(Frauenpolitischer Rat),
Ursula Nonnemacher
(Bündnis 90/Die Grünen),
Anita Tack (Linke),
Diana Golze
(Frauenministerin),
Britta Stark
(Landtagspräsidentin),
Kristy Augustin (CDU),
Sylvia Lehmann (SPD) – v.l.n.r.

GRÜNE TERMINE

28. April 2016: Zukunftstag für Mädchen und Jungen

Was machen Abgeordnete eigentlich? Was tun die MitarbeiterInnen einer Fraktion? Wie werden Gesetze gemacht? Und wer sorgt im Plenarsaal eigentlich dafür, dass sich alle an die Regeln halten? Komm und frag uns:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/zukunftstag-2016

30. April 2016: Sozial Wirtschaften in Brandenburg

Ganztägiger Kongress in der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde.
Mehr unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kongress-sozial-oekonomie/

Jederzeit möglich:

Ein Besuch im Landtag. Bitte anmelden unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/besuch-im-landtag/



Das letzte Wort hat ...

„Die CDU legt mit ihrem Antrag also vermeintlich den Finger in die Wunde und fordert ein systematisches Vorgehen zur Effizienzsteigerung... Allerdings stellt sich die Frage, ob im aufgelegten Finger nicht selbst eine gewaltige Schnittwunde klafft.“

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender und finanzpolitischer Sprecher
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Auch werden Flüchtlingen unsere Werte nicht dadurch vermittelt, dass wir kommentarlos das Grundgesetz auf Arabisch verteilen, dass wir sie mit Baseballschlägern traktieren, schwangere Frauen niedertreten oder ihnen die Behausung über dem Kopf anzünden.“

Ursula Nonnemacher
Parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Inneres, Soziales und Gesundheit
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Diese SPD hat seit 20 Jahren das Bildungsressort inne und hat es sich offensichtlich abgewöhnt, Ziele anders als in wattige Allgemeinplätze zu verpacken.“

Marie Luise von Halem
Sprecherin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
m.l.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Puten sind unter allen Vögeln bekanntlich die ärmsten Schweine. In der Industriemast bekommt so eine Pute in ihrem rund 20-wöchigen Leben nur etwa vier Minuten Aufmerksamkeit.“

Benjamin Raschke
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft und Justiz
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Zu Ihrem Vorwurf, der Landtag würde wegen unseres Antrages die Frist der EU verpassen: Die Landesregierung verdrödel, die Koalition verschläft und am Ende ist dann die Opposition schuld – das funktioniert so nicht.“

Michael Jungclaus
Sprecher für Infrastruktur und Verbraucherschutz
michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Herr Königler von der AfD, Sie begründen Ihr Jein zur Kohle und damit die Abkehr von Ihrem Wahlprogramm damit, dass dieses ja schließlich schon ein Jahr alt sei. Ich wünschte, das gälte auch für all den anderen Unsinn, der in Ihrem Programm steht.“

Heide Schinowsky
Sprecherin für Energie und Wirtschaft
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de



DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Zum Start ins 2016 haben wir unserer Fraktionszeitung brandGRÜN ein neues Design übergeworfen – und wir finden: Es passt! Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frecher und handlicher sein, näher an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN 4 Mal im Jahr kostenlos nach Haus bekommen möchte, bestellt das hier: www.gruenlink.de/qlj



Wer brandGRÜN online lesen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter/



Wer uns die Meinung sagen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
Vi.S.d.P: Tobias Arbinger
Redaktion: Frauke Zelt
Titelbild: © zitrusblau.de
1. Auflage Januar 2016
Satz und Layout: ZITRUSBLAU